

Manuskript

Beitrag: Vorwurf der Wirtschaftsspionage – Schweiz klagt drei Deutsche an

Sendung vom 20. März 2018

von Jörg Göbel, Michael Haselrieder und Oliver Schröm

Anmoderation:

Jetzt geht es um einen milliarden schweren Raubzug zu Lasten der deutschen Staatskasse und um diejenigen, die dabei halfen, das aufzudecken. Bei dubiosen Aktiendeals hatten sich Banken einmal gezahlte Steuern gleich mehrfach vom deutschen Fiskus zurückerstatten lassen. Wir von Frontal 21 haben gemeinsam mit „Correctiv“, mit der „Zeit“ und mit dem Schweizer Digitalmagazin „Republik“ recherchiert - und sind auf eine bittere Pointe gestoßen: Da enthüllen drei Deutsche die Machenschaften einer Bank, ein Rechtsanwalt und zwei sogenannte Whistleblower. Und ausgerechnet diese Drei stehen jetzt selber unter Anklage - in der Schweiz, dem Sitz der Bank. Was für ein Zufall.

Text:

Stuttgart. Die Bilder einer privaten Überwachungskamera. Es ist die Nacht vom 7. auf den 8. Juni 2017. Die Aufnahmen zeigen einen professionellen Autodieb. Die vermummte Person nähert sich dem Hauseingang, nutzt moderne Funktechnik, um das Auto zu öffnen.

O-Ton Prof. Eckart Seith, Rechtsanwalt:

Ziemlich trickreich wurde das Fahrzeug dann weggefahren von zwei Tätern und dann auf eine Art zerstört, die Polizei sagte, so was hätte sie noch nie gesehen. Mitten auf einer Lichtung, also, sah schon nach Exekution aus.

Warum sein Auto zerstört wurde, weiß Rechtsanwalt Eckart Seith bis heute nicht. Die Täter wurden nicht gefasst. Er kann nur vermuten, dass es mit einem seiner Prozesse zu tun haben könnte.

O-Ton Prof. Eckart Seith, Rechtsanwalt:

Wir haben ja einigen auch diese illegalen Geschäfte vermasselt. Und tja, ich meine, dass man sich damit keine Freunde macht, war klar. Es gab auch schon andere

Bedrohungen, aber das schien mir jetzt, das ist mal das deutlichste Zeichen gewesen.

Seith hat sich mit mächtigen Gegnern angelegt. Der Rechtsanwalt verklagt Banken auf Schadenersatz, weil sie Anleger betrogen haben sollen. Seine Recherchen haben dazu beigetragen, den sogenannten Cum-Ex-Skandal um dubiose Aktiengeschäfte aufzudecken. Dabei wurde der deutsche Staat durch Steuertricks um Milliarden betrogen.

***O-Ton Prof. Eckart Seith, Rechtsanwalt:
14 Staatsanwaltschaften weltweit sind der Auffassung, schwerer bandenmäßiger Betrug zum Nachteil der Anleger, gewerbsmäßige Steuerhinterziehung, Hunderte von Millionen. Die neuesten Erkenntnisse gehen auf 5,3 Milliarden tatsächlich eingetretener oder versuchter Schaden.***

Der Drogeriekönig und Milliardär Erwin Müller ist einer seiner Klienten. Für ihn gewinnt Seith im Mai 2017 einen Prozess gegen die Schweizer Bank Sarasin. Das Landgericht Ulm spricht Müller rund 45 Millionen Euro Schadenersatz zu – wegen Falschberatung. Die Sarasin Bank geht dagegen in Berufung, will sich auf Anfrage nicht äußern.

Gewinnen konnte Seith den Prozess, weil er über zwei Insider aus der Bank interne Unterlagen bekommen hat. Die sind auch für die deutschen Ermittlungsbehörden von großer Bedeutung.

Gerhard Schick hat den milliardenschweren Cum-Ex-Skandal im Bundestagsuntersuchungsausschuss mit aufgeklärt:

***O-Ton Gerhard Schick, B´90/DIE GRÜNEN, MdB:
Über lange Jahre wussten die Behörden, dass da was läuft, und wussten grob, wie es passiert. Aber sie wussten nicht, wer da eigentlich zusammenarbeitet, und deswegen konnte man nie konkrete Ermittlungen aufnehmen. Und die Informationen, die durch den Anwalt Seith die deutschen Behörden erreicht haben, haben genau das verändert. Man hatte plötzlich einen konkreten Fall und wusste über konkrete Handelnde und deswegen hat es die Ermittlungen ins Rollen gebracht.***

Wir treffen einen der zwei Insider. Er hat die Unterlagen beschafft, will unerkant bleiben. Ein deutscher Staatsbürger, der damals als Jurist bei der Sarasin Bank gearbeitet hat. Er erzählt, er habe von Anfang an Bedenken gegen die Cum-Ex-Geschäfte geäußert:

***O-Ton ehemaliger Mitarbeiter Sarasin Bank, Originalton nachgesprochen:
Die Unterlagen haben deutliche Anhaltspunkte für strafbare Handlungen der Bank beinhaltet. Der Kunde hatte viermal***

versucht, genau diese Bankunterlagen zu bekommen. Die Bank hat sie ihm nicht gegeben. Die Weitergabe der Unterlagen ist nicht durch das Bankgeheimnis erfasst. Denn das Bankgeheimnis schützt den Kunden, nicht die Bank.

Zürich. In der Schweizer Bankenmetropole wurden die Geschäfte eingefädelt. Hier hat auch der Insider gearbeitet. Doch nach der Übergabe der Dokumente an den deutschen Anwalt gerät er ins Visier der Schweizer Ermittlungsbehörden. Den 13. Mai 2014, einen Dienstag, wird er nie vergessen:

O-Ton ehemaliger Mitarbeiter Sarasin Bank, Originalton nachgesprochen:

Ich bin um zehn nach sieben aufgesucht worden von zwei Polizeibeamten in Zivil, dem Staatsanwalt selbst und einem Sicherheitsbeamten der Bank. Die kamen in mein Büro mit den Worten: Guten Morgen, Polizei, Sie sind verhaftet. Sie haben mich durchsucht, sie haben das Büro durchsucht und mich dann abgeführt.

Der Bankmitarbeiter kommt in Untersuchungshaft. Im Gefängnis Dielsdorf, einem Vorort von Zürich, sitzt er ein halbes Jahr ein. Er ist untergebracht in einer Sechs-Mann-Zelle:

O-Ton ehemaliger Mitarbeiter Sarasin Bank, Originalton nachgesprochen:

Es waren Leute da, die saßen wegen Drogen- oder Gewaltdelikten. Wegen meiner Körperbehinderung brauche ich eine regelmäßige Physiotherapie. Ich bekam während der sechs Monate ganze neunmal Physiotherapie, was dazu führte, dass ich sehr schnell, sehr starke muskuläre Schmerzen bekam.

Statt Physiotherapie verordnet der Gefängnisarzt Tabletten, mehrmals täglich. Erst nach der Entlassung kommt raus: Es waren starke Schmerzmittel - auch Opiode.

O-Ton ehemaliger Mitarbeiter Sarasin Bank, Originalton nachgesprochen:

Die Medikamente hatten die Auswirkung, dass ich unter starken Schwindelgefühlen und Müdigkeit litt, dass mir extrem unwohl war.

Trotzdem hat die Staatsanwaltschaft die Verhöre fortgesetzt und ihm Pausen teilweise verwehrt. Der Insider beklagt: Unter Medikamenteneinfluss habe er den Vernehmungen nicht immer folgen können.

Wir konfrontieren die Staatsanwaltschaft Zürich mit den Vorwürfen. Die antwortet: Der Häftling habe permanent die Möglichkeit gehabt, einen Arzt zu konsultieren. Weiter heißt es,

Zitat:

„Medikamentenabgaben während der Untersuchungshaft erfolgen zudem generell nur unter ärztlicher Aufsicht. Die Gesetzmäßigkeit des Haftregimes wird selbstverständlich von den Gerichten (...) kontrolliert.“

Sechs Monate U-Haft, weil er Dokumente weitergegeben hat, die zur Aufklärung eines der größten Steuerskandale geführt haben. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft Zürich Anklage gegen den Mann erhoben und fordert drei Jahre und zehn Monate Haft.

Auch Rechtsanwalt Seith ist angeklagt - wegen Geheimnisverrats und Wirtschaftsspionage. Ihm drohen drei Jahre und sechs Monate.

O-Ton Prof. Eckart Seith, Rechtsanwalt:

Das ist Auftragsjustiz, Einschüchterung, jeder Europäer soll wissen, dass er ins Gefängnis kommt, wenn er Fehlverhalten einer Schweizer Bank aufdeckt.

Ein schwerer Vorwurf. Klar ist: Das Schweizer Justizministerium hat die Ermächtigung zur Verfolgung einer politischen Straftat erteilt.

Zwischen der Schweiz und Deutschland tobt seit 2008 tobt ein Wirtschaftskrieg. Im Fokus: Schweizer Banken. Finanzminister Steinbrück will die Steueroase austrocknen.

2010: Erster Ankauf von Steuer-CDs durch das Land Nordrhein-Westfalen. Fahnder durchsuchen Schweizer Banken.

2012: Die Schweiz erlässt Haftbefehle gegen drei deutsche Steuerfahnder wegen des Ankaufs von Steuer-CDs.

2017: Ein Schweizer Spion wird in Deutschland enttarnt und zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

Und jetzt: Anklage gegen drei Deutsche wegen Wirtschaftsspionage und Geheimnisverrat.

O-Ton Prof. Christoph Kaserer, Wirtschaftswissenschaftler, TU München:

Der schweizerische Bankensektor ist für das Land extrem wichtig. Die Schweiz hat sich über Jahre den Ruf, über Jahrzehnte den Ruf aufgebaut, ein sicherer Hafen zu sein für Geldanlagen. Das möchte man auf keinen Fall verlieren. Und jeder der sozusagen dieses Geschäftsmodell bedroht, wird mit aller Härte verfolgt.

In Berlin hält sich die Bundesregierung zurück, will sich auf Nachfrage zur Anklage gegen die drei Deutschen nicht äußern. Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion fordert die

Regierung zum Handeln auf:

O-Ton Lothar Binding, SPD, MdB, finanzpolitischer Sprecher Bundestagsfraktion:

Ich glaube, man sollte diesen Fall auch diplomatisch aufgreifen und einfach fragen, welchem Rechtsverständnis die Schweiz hier folgt. Also, ganz subjektiv hab ich das Gefühl, dass die Schweiz sich im Verlauf der letzten Jahre auch sehr darüber geärgert hat, ihr Bankgeheimnis aufzugeben, eine bestimmte internationale Öffnung zu betreiben, und dass das jetzt vielleicht auch eine kleine Retourkutsche ist, die gar nicht rechtsförmlich läuft, sondern in so einer Mischung aus rechtlichem Zusammenhang und politischem Zusammenhang.

Die Staatsanwaltschaft Zürich erklärt:

„Alle Strafverfahren unterliegen der ordentlichen justiziellen Kontrolle.“

Doch aus Deutschland werden die Schweizer Strafverfolger heftig kritisiert:

O-Ton Gerhard Schick, B'90/DIE GRÜNEN, MdB:

Ich weiß nicht, warum die Staatsanwaltschaft in Zürich so agiert, wie sie agiert. Aber im Ergebnis ist ja klar, sie schützt die Banken - auch dort, wo es vielleicht schon um kriminelle Geschäfte geht - und sorgt dafür, dass ein Zustand eintritt, der ja absolut wahnsinnig ist, nämlich, dass die einzigen, die bisher in Untersuchungshaft waren oder wo wirklich Haftstrafen schon drohen, nicht diejenigen sind, die die Geschäfte organisiert haben, sondern die Leute, die an der Aufklärung mitgewirkt haben - ist ja völlig absurd.

Rechtsanwalt Eckart Seith will kämpfen. Er will sich dem Verfahren in der Schweiz stellen und seine Unschuld beweisen.

Zur Beachtung: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.